

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 pbbn d

Inhalt

Helmut Ritzer MdL zum
Erfordernis neuer seismolo-
gischer Untersuchungen im
Raum Wackersdorf: Gebiet
ist nicht erdbebensicher.
Seite 1

Klaus Deubertshäuser MdB
zum Erfordernis, die Sicher-
heit bei Gefahrgut-Trans-
porten zu gewährleisten:
Erforderliche Maßnahmen
entschlossen durchsetzen.
Seite 3

Ulrich Schmidt MdL zum
Umgang mit den Alten in
unserer Gesellschaft: Nicht
an den Rand drängen.
Seite 4

Rezension
Dr. Karsten Schröder stellt
zwei neue Bücher zur Ent-
wicklung auf den Philippi-
nen vor: Der schwierige
Weg zur Demokratie.
Seite 5

43. Jahrgang / 84

5. April 1988

Standort Wackersdorf ist nicht erdbebensicher

Zum Erfordernis neuer seismologischer Untersuchungen

Von Helmut Ritzer MdL

Die zu dem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf erstellten seismologischen Standortgutachten vom Frühjahr 1983 müssen überarbeitet und revidiert werden. In einem Brief an Umweltminister Alfred Dick wies ich daraufhin, daß sie die vom Dezember 1985 bis Februar 1986 aufgetretene Erdbebenserie im Vogtland nicht berücksichtigen.

Nach einer mir vorliegenden seismologischen Stellungnahme wird durch makroseismische Beobachtungen und durch Messung der Signale mit modernen Instrumenten belegt, daß diese Erdbeben Auswirkungen auf die Region Schwandorf/Wackersdorf hatten.

Nach Aussage der Wissenschaftler des seismologischen Zentralobservatoriums Gräfenberg sind zwar die historischen Aspekte der seismologischen Begutachtungen für den Standort Wackersdorf richtig wiedergegeben worden, die Schlüsse hinsichtlich der Stärke der Auswirkungen seien im Sinne einer möglichst hohen Sicherheit jedoch zu optimistisch.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kraftstoff Energie
mit 100% Recycling-Papier



Die dem Genehmigungsverfahren zugrundeliegenden „Erdbeben-Gutachten“ wurden von den früheren Staatsbeamten und Mitarbeitern des Geophysikalischen Observatoriums Fürstfeldbruck der Ludwig-Maximilians-Universität, Professor Dr. Förtsch und Dr. Korschunow, erstellt.

Nach Auskunft der Wissenschaftler aus Gräfenberg haben die Erdbeben im Dezember 1985 und Januar 1986 die „entscheidend neue Erkenntnis“ gebracht, daß die Auswirkungen derartiger Beben „größer sind als bisher angenommen wurde“. Im Förtsch-Gutachten ist die Intensität VI für das Sicherheitsbeben zu niedrig angesetzt worden. Auch sind Kombinationserdbeben unberücksichtigt geblieben.

Ich habe den bayerischen Umweltminister daher nun aufgefordert, sich von den Gräfenberger Wissenschaftlern die neue Datenlage erläutern zu lassen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Ich schlage ihm drei Professoren aus Bergisch-Gladbach (Dr. Ludwig Ahonner), Stuttgart (Dr. Götz Schneider) und Bochum (Dr. Hans-Peter Harjes) als Sachverständige zur Erstellung eines neuen seismologischen Gutachtens vor und rege darüber hinaus an, auch seismologische Experten aus der Tschechoslowakei und der DDR als Gutachter zu hören. Letzteres ist erforderlich, da die seismische Gefährdung des Standortes Wackersdorf vor allem durch Beben bedingt ist, die nicht auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Im Dezember 1985 waren am Südhang des Erzgebirges zwischen Eger in der CSSR und der bayerischen Grenze Stoßwellen der Stärke 5,1 der Richterskala registriert worden.

Ich bin mir durchaus bewußt, daß eine andere seismologische Beurteilung für sich alleingegenommen noch nicht zu einer Aufgabe des Standortes Wackersdorf führen wird. „Sie würde aber“, so schrieb ich in dem Brief an Umweltminister Dick, „zu wesentlich höheren Anforderungen der Bausicherheit für die Gebäude, insbesondere für das Hauptprozeßgebäude führen“. Ich gehe davon aus, daß die geforderte erdbebensichere Bauweise erhebliche Mehrkosten verursachen wird. Ich schließe nicht aus, daß dies zusammen mit anderen Faktoren, wie beispielsweise die hydrogeologische Situation, letztendlich dazu führen könnte, den Standort Wackersdorf schließlich doch aufzugeben.

(-/5.4.1988/rs/ks)

* * *

Sicherheit bei Gefahrgut-Transporten gewährleisten

Erforderliche Maßnahmen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Gefahrgut-Transporte müssen sehr viel sicherer werden. Es muß einiges getan werden und es muß schnell geschehen. Auch die aktuellen Kontrollen der Gefahrgut-LKW in den verschiedenen Bundesländern haben dies erneut bestätigt.

Trotzdem betreibt die Regierung eine Politik des Vergessens. Über Herborn sucht sie offenbar Gras wachsen zu lassen. Sie spielt auf Zeit und begnügt sich mit Halbherzigkeiten. Nur wenige Maßnahmen hat sie in die Diskussion gebracht. Dennoch läßt deren Umsetzung auf sich warten.

Wir Sozialdemokraten haben mit unseren Anträgen für mehr Sicherheit beim Gefahrgut-Transport im Bundestag ein Maßnahmenbündel vorgelegt, das einen wirkungsvollen Schutz beim Transport gefährlicher Güter sicherstellt. Unsere Hauptforderungen sind:

- 0 Die Gefahrguttransporte müssen soweit wie möglich von der Straße auf die sichere Bahn verlegt werden. Die Unfallgefahren auf der Straße sind weitaus größer als auf der Schiene.
- 0 Die moderne Sicherheitstechnik muß genutzt werden (automatische Geschwindigkeitsbegrenzer, verschleißfreie Bremsen, Antiblockiersysteme et cetera).
- 0 Gefahrguttransporte müssen verbessert überwacht und Verstöße schärfer geahndet werden. Insbesondere ist den Unternehmen die Konzession zu entziehen, die wiederholt gegen geltende Vorschriften verstoßen.
- 0 Die Lenkzeiten, Arbeitszeiten und die Ruhezeiten der Fahrer müssen verbessert werden mit dem Ziel, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Arbeitsbedingungen zu humanisieren.
- 0 Die Beförderung besonders gefährlicher Güter muß untersagt werden können, wenn es zumutbar ist, das Gefahrgut an dem Ort zu produzieren, an dem es benötigt wird.

Die Bundesregierung muß ihre halbherzige Ankündigungspolitik aufgeben. Es muß Schluß sein mit dem Retuschieren - es müssen deutliche Akzente gesetzt werden.

Wie nötig dies ist, beweist ein Beispiel aus der Praxis. Bei einer Tankspedition wurde im Rahmen einer Polizeiaktion festgestellt, daß bei allen 19 Tankwagen in den Führerhäusern Schalter angebracht waren, mit denen der Fahrtenschreiber abgeschaltet werden konnte. Während der LKW fuhr, zeigte der Fahrtenschreiber „Ruhezeit“ an. Das Unternehmen erhielt eine Geldbuße von 30.000 DM. Zweckmäßig wäre gewesen, wenn ihm zusätzlich die Konzession entzogen worden wäre. Diese oder ähnliche Verstöße würden unterbleiben, wenn die Unternehmen wüßten, daß ihre Konzession auf dem Spiel steht. Bußgelder reichen in vielen Fällen nicht. Sie sind einkalkuliert.

Die Bevölkerung muß vor dem Risiko aus dem Transport gefährlicher Güter wirkungsvoll geschützt werden. Appelle an Verlager und Spediteure werden auch in Zukunft nichts bewirken. Notwendig ist die Bereitschaft zu entschlossenem Handeln.

(-/5.4.1988/vo-he/rs)

* * *

Die Alten nicht an den Rand drängen

Der Yuppie kann nicht Leitbild unserer Gesellschaft sein

Von Ulrich Schmidt MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Landtages in Nordrhein-Westfalen

In einer Gesellschaft, in der fast 50 Prozent der Bevölkerung über 40 und mehr als 20 Prozent über 60 Jahre alt sind, kann nicht der Yuppie unser Leitbild sein. Wir stehen vor dramatischen Änderungen des Bevölkerungsaufbaus, die uns zu einer Neubestimmung des Verhältnisses zwischen den Generationen zwingen. Ältere Menschen sind längst keine Randgruppe mehr. Ihre Generation verfügt über einen Erfahrungsschatz, auf den die Gesellschaft nicht verzichten kann. Sie haben vieles zu bieten, was die Jungen noch nicht haben.

Mit einer neuen Altenpolitik müssen vor allem Ideen gegen den fortschreitenden Rollenverlust im Alter entwickelt werden. Durch den immer früheren Ruhestand umfaßt das Alter heute häufig ein Drittel des Lebens. Es ist zutiefst inhuman, Menschen für eine so lange Periode aufgabenlos an den Rand der Gesellschaft zu drängen. Wir müssen den Älteren die Chance geben, sinnvoll am Leben teilzunehmen, ihre Erfahrungen weiterzugeben und sich so einzumischen.

Auf der anderen Seite steigt die Zahl derer, die altersbedingt Hilfe brauchen. Das Land sieht es weiterhin zusammen mit den Kommunen als seine Aufgabe an, die erforderlichen Einrichtungen und Dienste zu schaffen. Auf Bundesebene darf allerdings eine Regelung über die finanzielle Absicherung des Pflegefallrisikos nicht länger verschleppt werden.

Der Arbeitskreis für Arbeit, Gesundheit und Soziales der SPD-Fraktion im NRW-Landtag begrüßt es, daß Minister Heinemann mit der Veröffentlichung eines Rohentwurfs zum zweiten Landesaltenplan die Diskussion über diese Fragen eröffnet und hierdurch den beteiligten Interessenvertretungen und Verbänden sowie politischen Organisationen die Gelegenheit gegeben habe, ihre Standpunkte vorzutragen.

Der Arbeitskreis und Minister Heinemann waren sich einig: Am Ende der Diskussionsphase müssen Leitlinien zur Altenpolitik stehen, die die politischen Konsequenzen aus dem veränderten Altersaufbau und der wachsenden Bedeutung der Lebensphase Alter ziehen, die Rahmenbedingungen für eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen den Generationen beschreiben, die erforderlichen Maßnahmen der Altenhilfe darstellen und politische Handlungsnotwendigkeiten auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene benennen.

(-/5.4.1988/rs/ks)

* * *

Reze n s i o n

Philippinen: Der schwierige Weg zur Demokratie

Lukas Schwarzacher/Hermann Vinke: Philippinen. Die unvollendete Revolution; Bornheim-Merten: Lamuv Verlag 1987, 280 Seiten, DM 29,80.

Heinz Kotte: Das Parlament der Straße. Berichte von den Philippinen 1983 bis 1987; Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag 1988, 234 Seiten, DM 15,80.

Als vor über zwei Jahren in einer dramatischen Volkserhebung die zwanzigjährige Marcos-Diktatur ihr unblutiges Ende fand und Cory Aquino mit der „People Power“-Bewegung das Land von alptraumhaften Zuständen befreite, waren die Hoffnungen auf grundlegende Reformen und einen umfassenden Demokratisierungsprozeß fast überschäumend groß. Seit 25 Monaten ist Frau Aquino nun schon im Amt, trotz mehrerer Putschversuche von reaktionären Abenteurern und unzufriedenen Militärangehörigen. Wird die Amtsdauer schon von vielen für eine Leistung gedeutet, so fragen besorgt viele Filipinos, und natürlich ausländische Beobachter, was sich eigentlich im politischen, sozialen und ökonomischen System auf dem 7.000-Insel-Archipel seither geändert hat.

Die beiden Journalisten Schwarzacher und Vinke, die das Land in den achtziger Jahren intensiv bereist haben, legen mit ihrem Buch den „Versuch einer Zustandsbeschreibung“ vor. Die Autoren bieten aber mehr. Um die aktuelle Situation verstehen zu können, werden die historischen, politischen und ökonomischen Entwicklungen auf den Philippinen seit der spanischen Kolonisation beschrieben, die Folgen der rund 40jährigen US-Besatzungszeit bis zur Unabhängigkeit (1946) sowie der ungebrochene Einfluß der USA (Wirtschaftshilfe, Militärbasen) dargestellt und sämtliche Aspekte der Marcos-Diktatur aufgezählt. „20 Jahre unter dem gründlichsten und schlauesten aller Ausbeuter, Ferdinand Marcos, haben das Land und seine 54 Millionen Einwohner noch tiefer in den Sumpf sozialer Zerrüttung, Zerstörung und Verzweiflung gezogen.“ Wie dieser Präsident und dessen ebenso gerissene Frau Imelda das Land „als Privatbesitz zur Maximierung ihrer eigenen Profite“ ausgebeutet haben, wird durch zahlreiche Beispiele veranschaulicht. In dem Kapitel „Das Krisenkataster der Philippinen“ wird das ganze Spektrum der brutalen Marcos-Herrschaft aufgelistet: von der Ausbeutung auf den Zuckerrohr-Plantagen, der strukturell bedingten Armut in Stadt und Land, der rücksichtslosen Unterdrückung ethnischer Volksgruppen bis hin zu den organisierten Killerbanden.

Die Liste der Verbrechen ist lang und die aufgeführten Beispiele der „alltäglichen Gewalt“ machen das Buch streckenweise zu einer erschütternden, deprimierenden Lektüre. Die Autoren beschreiben auch die zahllosen Versuche einzelner Widerstandsgruppen, das Elend mit Waffengewalt zu beiseitigen. Über die kommunistischen Guerilleros der New Peoples Army (NPA) wird knapp berichtet, aber ein Urteil über deren Erfolgchancen unterbleibt. Dagegen trauen sie sich aber über Cory Aquino schon jetzt ein Urteil zu: „Trotz der offenkundigen Schwächen und Unentschlossenheit genoß sie weiterhin eine hohe Popularität. Das Ansehen war ihr politisches Kapital, das sie für die wirklich wichtigen Reformen jedoch ungenutzt ließ. Und das hatte zur Folge: Es blieb vieles so, wie es unter Marcos gewesen war.“ Da sich aber die völlig verfilzte, korrupte politische und ökonomische Struktur der 20jährigen Marcos-Diktatur nicht über Nacht rückgängig machen läßt, ist es sicherlich verfrüht zu behaupten: „Cory Aquino ist gescheitert.“

Heinz Kotte, ehemals Priester und derzeit Assistent für Nord-Süd-Beziehungen am Asian Social Institute (ASI) in Manila, hält die derzeitige Entwicklung auf den Philippinen noch für offen. Bereits im Vorwort kennzeichnet er Frau Aquinos Lage: „Als Präsidentin ringt sie ehrlich um die Einföhrung der unterschiedlichsten Erwartungen des Volkes. Dabei hat sie sich gegen die Machen-

schaften reaktionärer Kreise in der Elite und im Militär des Landes zu wehren, hinter denen die Interessen des Auslandes, besonders der USA, stehen. Sie selbst wird bei dem gesellschaftlichen Interessenausgleich mit der verarmten Landbevölkerung, den Arbeitern und den städtischen Armen durch die eigene elitäre Herkunft behindert."

Kottes Buch ist eine interessante Mischung aus Tagebuchnotizen, Zeitungsartikeln und Untersuchungen, die überwiegend in der entscheidenden Phase des Umbruchs der Gesellschaft von 1983 bis 1986 entstanden sind. Ob er sich bei Fischern oder Bergstämmen aufhält oder bei den Plantagenarbeitern von Negros Eindrücke von Armut und Unterdrückung eindringlich beschreibt, stets fließen neben der Schilderung individueller Lebens- beziehungsweise Überlebensweisen auch erhellende politische Analysen in seine Reiseberichte ein. Besonders aufschlußreich sind seine Erlebnisse bei den Guerillas der NPA auf der Insel Samar. Nach Besuchen bei den Guerillas ist ihm klargeworden, „daß nicht Guerillastrategien oder die Integration von militärischem und politischem Kampf entscheidend sein werden, sondern der Ausgleich der Interessen und Bedürfnisse der verarmten Landbevölkerung und der städtischen Bourgeoisie die bedeutendste Aufgabe für Cory Aquino und ihre Nachfolger sein wird“.

Bei der Gestaltung der philippinischen Gesellschaft werden auch die Militärs mitzureden haben, die schon in der Vergangenheit einen buchstäblich unheimlichen und häufig mörderischen Einfluß ausübten. „Der Moloch Militär, der sich verselbständigt hat und von reaktionären Generälen angeführt wird, ist das größte Hindernis für Cory Aquinos Bestreben, das Land zu demokratischen Verhältnissen zu führen und gerechtere Lebensbedingungen zu schaffen.“ Und auch Kotte erspart dem Leser nicht die Beschreibung zahlreicher Menschenrechtsverletzungen durch das Militär, die selbst unter der Regierung Aquinos ständig neue Opfer fordern.

Dankbar muß man dem Autor für seine ausführliche Beschreibung der deutschen Unterstützung für Marcos sein. „Mitte 1984, auf der Höhe der Erhebung der Bevölkerung gegen den Diktator, schickte Marcos einen Hilferuf an alle Industrieländer. Noch bevor ein anderes europäisches Land reagierte, stockte Siegfried Lengl, Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die jährliche Hilfe um 70 Prozent auf 68 Millionen DM auf und sprach sich öffentlich für die Stabilisierung des Marcos-Regimes aus.“ Bezeichnenderweise hielt sich dann ein Jahr später, im Oktober 1985, auch noch der damalige Entwicklungshelferminister Warnke auf den Philippinen auf. Der Autor schildert ausführlich die Peinlichkeiten dieses Besuches.

Die beiden Bücher vermitteln durch ihre Beschreibung von Menschen und gesellschaftlichen Kräften ein realistisches Bild des im Umbruch befindlichen Inselstaates.

Dr. Karsten Schröder

(-/5.4.1988/rs/ks)

* * *